Herr Liene hält mit Verweis auf die Gespräche im nichtöffentlichen Teil des letzten Hauptausschusses und die E-Mail des Bürgermeisters noch einmal fest, dass es nicht gehe den Ausschussmitgliedern samstags abends kurzfristig noch Vorschläge zu übermitteln. Dies sei weder innerhalb der Einladungsfrist noch bestehe die Möglichkeit nur ansatzweise in der Fraktion darüber zu sprechen. Wenn man die Variante 4 berücksichtigen wolle, bestehe aus seiner Sicht nur die Möglichkeit, den Tagesordnungspunkt zu verschieben. Andernfalls könne man die Variante gar nicht berücksichtigen.

Frau Zorlu teilt mit, dass man den Tagesordnungspunkt ihrer Meinung nach nicht verschieben müsse. Die von Herrn Viehof übersandten Anregungen seien nicht form- und fristgerecht eingereicht worden. Nichtsdestotrotz könne man diese mit in die zukünftigen Beratungen einfließen lassen. Sie sehe jedoch keine Not darin jetzt eine Variante 4 zu beschließen. Abschließend stellt sie noch einmal klar, dass sie die Vorgehensweise des Bürgermeisters ebenfalls kritisch sehe.

Bürgermeister Viehof gibt Herrn Liene und Frau Zorlu recht. Er könne die Kritik nachvollziehen und stellt klar, dass so etwas außerhalb der Frist nicht noch einmal vorkommen werde. Er habe nur noch einmal verdeutlichen wollen, dass die Bürgerbeteiligung nicht nur auf die drei Varianten begrenzt sei, sondern dass in diesem Workshop tatsächlich mitgewirkt werden könne. Es solle gemeinsam mit dem Bürger eine Lösung erarbeitet werden.

Frau Zorlu führt aus, das Merkmal eines Workshops sei ja auch, dass ein dynamischer Prozess durch Anregungen und Vorschläge angetrieben wird, welche sich auch in eine ganz andere Richtung entwickeln können. Letztlich könne etwas ganz anderes, als das was jetzt in den Entwürfen vorliege, aus der Beteiligung resultieren. Die Bürger werden zum wiederholten Male die Möglichkeit bekommen sich einzubringen.

Herr Dr. Storch merkt an, dass er die Sorge habe, bei dem Bürger Erwartungen zu wecken, die mangels finanzieller Ressourcen vielleicht gar nicht so zeitnah auf den Weg gebracht werden können. Er möchte daher wissen, wie es um die Finanzen bzw. die Förderung des Projektes stehe. Erster Beigeordneter Sterzenbach hält fest, dass beschlossen sei, die Maßnahme „Bauliche Umsetzung und Gestaltung Marktplatz“ als InHK-Maßnahme auch unter dem Förderstatus C weiter zu betreiben. Zu dem Stand vom 28.06.21 gebe es keine verbindliche Änderung. Man habe - wie im Ministerium vereinbart - einen Bericht erstattet, bislang jedoch keinerlei Resonanz aus Richtung Bezirksregierung. Er geht jedoch davon aus, dass der Haushaltsentwurf - für den Fall, dass man einen konkreten Förderantrag im August/September stelle - Vorsorge getroffen habe.

Frau Faßbender möchte wissen, ob der Ausschuss sich heute für nur eine Variante entscheide oder ob man alle drei Strukturskizzen mit in die Bürgerbeteiligung gebe. Erster Beigeordneter Sterzenbach merkt an, dass es dem Ausschuss freistehe auch zwei oder drei Varianten in die Bürgerbeteiligung zu geben.

Frau Faßbender spricht sich mit Bezug auf die Variante 1 im Namen der CDU-Fraktion dafür aus, den Marktplatz ebenerdig und barrierefrei zu planen. Aus diesem Grund sollte bei dem zweiten Unterpunkt in der Vorlage der Zusatz „Troglage oder ähnliche geeignete Gestaltung“ gestrichen werden. Außerdem der letzte Unterpunkt „Erhöhter Bereich Fußgängerzone“. Des Weiteren sei der CDU-Fraktion neben einem WC-Häuschen das Andenken an den alten Kirchturm sehr wichtig. Das Element sollte am liebsten in einer mobilen Form berücksichtigt werden.

Herr Liene knüpft an den Wortbeitrag von Herrn Dr. Storch an und stellt klar, dass man zwar nochmal in eine gewisse Planung starte, die Finanzierung jedoch noch meilenweit weg sei. Was man derzeit im Haushalt eingeplant habe, seien lediglich Planungsmittel. Eine Ausführung der entstehenden Planungen

sei seiner Meinung nach in nächster Zeit vollkommen unrealistisch. Er spricht sich ferner dafür aus, heute eine gewisse Vorauswahl zu treffen. Man habe sich im Arbeitskreis auf die Variante 3 festgelegt. In diesem Zusammenhang müsse man überlegen, ob es für das Objekt vielleicht auch mobile Lösungen gebe. Variante 1 sei dieser sehr ähnlich und könne daher auch berücksichtigt werden. Variante 2 komme jedoch gar nicht in Frage. Wichtig sei eine echte fußgängerberuhigte Zone für etwa die Hälfte des Platzes zu schaffen und trotz dessen einem Teil des Individualverkehrs dort das Parken weiterhin zu ermöglichen. Das sei die gewisse Leitlinie.

Erster Beigeordneter Sterzenbach macht darauf aufmerksam, dass sich ein Baubeginn - wenn überhaupt - im Jahr 2024/2025 ablichte. In ungefähr demselben Zeitraum müsse die Gemeinde an diesem Platz aufgrund des § 9 StrWG sowieso etwas machen, um die Verkehrsflächen wieder in einen dem Verkehrsbedürfnis angemessenen Zustand zu bringen.

Bürgermeister Viehof weist mit Bezug auf den angesprochenen neuen Projektförderantrag darauf hin, dass man keine vollkommen neue Planung anfangen, sondern nur den Kosten- und Zeitplan aktualisieren und berechenbar darstellen müsse. Dies habe das Ministerium und auch die Bezirksregierung signalisiert.

Frau Pipke führt aus, dass sich die CDU-Fraktion nach derzeitigem Stand für die Variante 1 aussprechen werde. Eine Variante ohne Parkplätze komme für sie ebenfalls nicht in Frage. Die Parkplätze sollten jedoch so angelegt werden, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt eventuell reduziert werden können. Als bauphysikalische Abgrenzung könne beispielsweise mobiles Grün platziert werden. Wichtig wäre außerdem wieder eine Art Pavillon einzuplanen. Die Variante 3 komme für die CDU-Fraktion nur in Frage, wenn der feste Aufbau durch etwas Mobiles ersetzt werde. Abschließend bittet sie mit Bezug auf die E-Mail des Bürgermeisters um eine Erläuterung zu dem Vorschlag eines Bypasses.

Bürgermeister Viehof führt aus, dass das Problem ein zu geringer Querschnitt der Durchführung des Eipbaches unter der Leienbergstraße sei. Damit dieser Engpass bei einem Starkregen zu keinen schwerwiegenden Problemen führt, benötige man neben dem eigentlichen Durchlass an der Leienbergstraße noch einen Bypass, welcher genau diese Ecke umschiffe. Am Posthof könne man dann wieder einleiten; dort sei der Durchlass deutlich größer. Er bittet abschließend bei der ganzen Planung auch auf den Hochwasserschutz ein Augenmerk zu legen. Das könne man seiner Ansicht nach mit der Baumaßnahme elegant verbinden.

Erster Beigeordneter Sterzenbach ergänzt, dass die Nutzung von Verkehrsflächen als Notwasserweg in den nächsten Jahren ein wichtiges Thema sein werde. Dieser Vorschlag würde eine umfangreiche Planung mit sich ziehen und auch Mehrkosten verursachen. Nichtsdestotrotz erachtet er es für sinnvoll, diese Idee bei der Planung zu berücksichtigen. Zwangsläufig werde dann so oder so die Frage aufkommen, ob diese Entlastung - wenn man sie denn technisch umsetzen kann - im Verhältnis zum Aufwand wirtschaftlich noch vertretbar sei. Diese Entscheidung müsse man dann treffen.

Vorsitzender Bellinghausen hält fest, dass man dieses Bauwerk ja im Prinzip unter jeder Variante darstellen könne. Erster Beigeordneter Sterzenbach bestätigt dies. Vorbehaltlich einer genauen Prüfung müsse dies vom Prinzip her bei unbebauter Fläche denkbar sein.

Frau Pipke weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion bei der Neugestaltung des Markplatzes mit Hinblick auf die Probleme des Hitzestaus und der Klimaresilienz sehr viel Wert darauf lege, dass der Platz nicht fest versiegelt wird. Wünschenswert seien außerdem Wasserfontänen, da diese nach deren Ausschalten ein Nutzen der Fläche zulassen, im Betrieb unheimlich gut fürs Klima seien und außerdem den „Alten Turm“ darstellen könnten. Dieser Platz müsse ein grüner und frischer Platz werden, keine Asphaltoase.

Herr Scholz erachtet es als sinnvoll mit allen drei Varianten in die Bürgerbeteiligung zu gehen. Jetzt schon Maßgaben vorzugeben halte er für den falschen Weg. Nach Abschluss der Beteiligung könne man sich damit beschäftigen, wie man die eigenen Ergänzungen in die Planung miteinbringt.

Herr Jüdes stellt klar, dass die geplanten Parkplätze nicht förderfähig seien. Dies müsse man dem Bürger auch so vermitteln. Im Namen der SPD-Fraktion spricht er sich weiterhin für einen autofreien Marktplatz aus. Nichtsdestotrotz wolle man alle drei Varianten in die Bürgerbeteiligung geben. Erster Beigeordneter Sterzenbach teilt mit, dass das zuvor Gesagte rein tatbestandlich zutreffend sei. Die beibehaltenen Parkplätze werden in der Fläche aus der Fördersumme rausgerechnet. Bürgermeister Viehof ergänzt, dass Parkplätze nicht förderschädlich seien. Parkplätze seien lediglich nicht förderfähig.

Herr Reisbitzen führt mit Bezug auf die Variante 3 aus, dass diese so wie sie in der Verwaltungsvorlage niedergeschrieben ist, für die CDU-Fraktion in der Form nicht akzeptabel sei. Die feste Bebauung würde ihrer Ansicht nach den Platzcharakter absolut konterkarieren und große Veranstaltungen unmöglich machen. Auch die Ein- und Ausfahrtssituation in der Planung zu Variante 3 erschließe sich ihm nicht.

Frau Zorlu ist der Meinung, dass es keinen Sinn mache, eine der Strukturskizzen auszuschließen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten eine echte Wahl haben. Erst danach sollte man die inhaltliche Diskussion führen. Sie stellt außerdem klar, dass der Bürgermeister in der Pflicht sei, sich schnellstmöglich um die Behebung der Stolperfallen auf dem Marktplatz zu kümmern. Bürgermeister Viehof berichtet darauf hin, dass der Bauhof schon Bescheid wisse. Die großen Löcher seien bereits geflickt worden.

Bürgermeister Viehof spricht sich dafür aus, mit allen drei Varianten in die Bürgerbeteiligung zu gehen. Seiner Meinung nach sollte man diese Diskussion erst dann führen, wenn der Bürger sich dazu geäußert hat.

Herr Liene merkt daraufhin an, dass dieser Ausschuss in einer Kommunalwahl von allen Bürgern Eitorfs gewählt worden sei. Dementsprechend habe dieser die Pflicht auch die stillen Bürger zu vertreten. Er ist daher der Meinung, dass jede Fraktion durchaus das Recht habe, gewisse Dinge von vorneherein auszuschließen. Er schlägt vor, über alle drei Varianten einzeln abzustimmen. Die Sitzung ohne einen Vorentscheid zu verlassen, hält er für feige.

Herr Scholz bestätigt mit Bezug auf den Wortbeitrag seines Vorredners, dass der Ausschuss grundsätzlich Entscheidungen treffen müsse. Man wisse jedoch nicht, welche Meinung der jeweils stille Bürger habe. Diese Entscheidung könne man daher nicht treffen. Er spricht sich aus diesem Grund dafür aus, die Bürgerbeteiligung offen für alle zu halten und keine frühzeitigen Vorgaben zu machen. Auf Grundlage des sich aus der Bürgerbeteiligung ergebenden Ergebnisses könne der Ausschuss dann eine Entscheidung treffen.

Herr Casper spricht sich gegen mobile Aufbauten aus. Dies verursache aufgrund des Auf- und Abbaus unter anderem einen enormen Aufwand. Er favorisiert eine gläserne Markthalle, welche man mit einer vorgelagerten bühnenartigen Terrasse für eine wirklich moderne Gastronomie nutzen könne. Seiner Meinung nach sollte man die Variante 3, mit der Möglichkeit ein ortsfestes Gebäude darauf zu errichten, so belassen, wie sie ist.

Herr Dr. Storch hält fest, dass es durch den Bürgerentscheid ein eindeutiges Votum gebe. Das sei für ihn als Vertreter des Bürgers die Richtschnur - ganz unabhängig davon was er sich persönlich wünsche. Er plädiert daher dafür Variante 1 und 3 weiterzuverfolgen.

Erster Beigeordneter Sterzenbach fasst vor Beschlussfassung zusammen, dass die Verwaltung von sich aus den Klammerzusatz „(Troglage oder ähnliche geeignete Gestaltung)“ bei Variante 1 in der Begründung streiche. Außerdem werden die im Beschlussvorschlag enthaltenen „oder“ gestrichen, sodass der Ausschuss - vor dem Hintergrund, dass man erst die Meinung aus der Öffentlichkeitsbeteiligung abwarten möchte - die Möglichkeit habe, dem Rat zu empfehlen mit allen drei Strukturskizzen in die Bürgerbeteiligung zu gehen.